

Die Finanzierung des Öffi-Ausbaus ist bis 2024 gesichert. Neuer 10-Minuten-Takt zwischen Annabichl und Bahnhof geplant.

Von Julia Braunecker

Die Stadt Klagenfurt und das Land Kärnten haben sich auf ein Kooperationspaket für den Ausbau im Öffentlichen Verkehr geeinigt. Das Land schließt mit der Stadt bis 2024 eine Zuschussvereinbarung in der Höhe von 4,8 Millionen Euro. Die Kilometerleistung soll bis 2024 von rund 3 Millionen auf 4,6 Millionen Buskilometer steigen. „Wir werden das jährlich prüfen“, kündigte Landesrat und Verkehrsreferent Sebastian Schuschnig (ÖVP) an. Auch die Stadt wird ihr ÖPNV-Budget bis 2024 aufstocken – und zwar um 4,2 Millionen Euro. Bürgermeister Christian Scheider (Team Kärnten) zeigte sich erleichtert, dass durch die „intensiven Verhandlungen“ das Klimaticket und der 10-Minuten-Takt finanziert werden können.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel dienen der Umsetzung der Hauptlinien A und C. „Die Linie A soll ab 2023 alle zehn Minuten zwischen Annabichl und Hauptbahnhof-Südpark verkehren“, sagte Verkehrsstadträtin Sandra Wassermann (FPÖ). Die Linie C, deren Start immer wieder verschoben wurde, soll ab Herbst 2022 alle zehn Minuten vom Heiligengeist-

Neun Millionen fließen in Klagenfurter Busse



Bis 2035 sollen alle fünf KMG-Hauptlinien im 10-Minuten-Takt verkehren

TRAUSSNIG

platz Richtung Universität fahren. Für die existierende Linie B ist eine Verlängerung bis nach Viktring geplant.

Bis 2035 sollen zwei weitere Hauptlinien eingeführt werden, nämlich die Linie D (Richtung Wölfnitz und Harbach) sowie die Linie E (Richtung See). Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Finanzierung jedoch noch nicht gesichert. „Wir haben eine Vereinbarung bis zum Jahr 2024 geschlossen. Es wäre unseriös, darüber hinausgehend Zusagen zu

treffen“, sagte Schuschnig. Vizebürgermeister Philipp Liesnig (SPÖ) sprach von einem „Etappenziel“. „Mit der Vereinbarung wurde der Ausbau des ÖPNV mittelfristig sichergestellt. Ziel ist, nach der Landtagswahl Verhandlungen wieder aufzunehmen und langfristige Perspektiven zu schaffen.“

Eine Voraussetzung für den finanziellen Zuschuss des Landes war die Wiederherstellung des Abendlinien-Regelverkehrs in Klagenfurt. „Sobald die coro-

nabedingte Sperrstunde aufgehoben ist, fahren wir das Angebot wieder hoch“, versprach Stadtwerke-Vorstand Erwin Smole. Der Verein Fahrgast Kärnten, der die Investitionen in den Ausbau begrüßte, appellierte, mit der Wiederaufnahme des abendlichen Regelverkehrs „nicht bis zum Ende der Pandemie“ zu warten: „Sind die Fahrgäste einmal abgeschreckt, können sie nur schwer wieder zum Umstieg auf den ÖPNV motiviert werden.“

Faktencheck

Ist Kärnten benachteiligt?

Immer wieder kritisieren Politiker, dass Kärnten beim Finanzausgleich, verglichen mit anderen Bundesländern, schlechter abschneidet. Die Kleine Zeitung hat recherchiert, ob die Zuweisungen tatsächlich ungleich verteilt sind. In Summe betragen die Bundesausgaben für den Öffentlichen Verkehr im Jahr 2021 rund 3,9 Milliarden Euro. Mit 2,6 Milliarden entfiel der größte Teil auf den Ausbau der Infrastruktur. Davon wurden 84,3 Millionen in den Ausbau der Infrastruktur im städtischen ÖPNV investiert. Aus dieser Summe flossen 78 Millionen in die Finanzierung der U-Bahn. Zu den Bundesförde-

in die Finanzierung der U-Bahn. Zu den Bundesförderungen, die direkt dem städtischen ÖPNV zugutekommen, zählt der jährliche Zweckzuschuss für den ÖPNV im Rahmen des Finanzausgleichs. 2021 betragen die Finanzausgleichszuweisungen 89,4 Millionen. Davon erhielt das Land Kärnten 850.000 Euro (0,95 Prozent). Über die Verteilung der Finanzausgleichszuweisung innerhalb des Landes Kärnten lagen auf Bundesseite keine Daten für 2021 vor. Die Kleine Zeitung erhielt jedoch Einblick in die Daten von 2019. In diesem Jahr gingen nur 172.000 Euro der Mittel an die Stadt Klagenfurt (0,18 Prozent). Fazit: Kärnten erhielt 2021 auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes von den jährlichen Zweckzuschüssen des Bundes nur 0,95 Prozent und somit tatsächlich weniger als andere Bundesländer. Die Landeshauptstadt Klagenfurt, als sechstgrößte Stadt Österreichs, erhielt 2019 nur 0,18 Prozent der Mittel.